

# Sozialistische Marktwirtschaft

## Der inhärente Widerspruch

*Günter Giesenfeld*

**Märkte, und damit, wenn man so will, auch Marktwirtschaft und damit auch den Tausch von Waren gegen Geld gibt es schon seit sehr langer Zeit, im „Zweistromland“ Mesopotamien, der „Wiege der Zivilisation“ schon im 10. Jahrhundert vor Chr. In der Antike spielte der Marktplatz als ein realer Ort eine wichtige Rolle als Zentrum städtischer Siedlungen. Im Mittelalter löste sich der Begriff tendenziell von dieser topographischen Bedeutung. In der Staats- oder Volkswirtschaft wurde allmählich seine virtuelle Erscheinungsform erkannt. Spätestens nach dem Ende der feudalistischen Periode sind Märkte jedoch „bestimmt von Profit, Gewinn und Verlust“ in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung.**

So jedenfalls heißt es in einer neuen Veröffentlichung zum Thema<sup>1</sup>. Allein ein Stichwort wie „Marktsozialismus“ würde demnach einen inhärenten Widerspruch bezeichnen – es dürfte im Sozialismus keinen Markt in diesem Sinn geben. Nun ist aber in der neueren Entwicklung im globalisierten Zeitalter in verschiedenen der verbliebenen Staaten, die sich als „kommunistisch“ oder „sozialistisch“<sup>2</sup> verstehen, häufig die Rede von einer „sozialistischen“ oder „sozia-

listisch ausgerichteten“ Marktwirtschaft. So etwa in Dokumenten der jeweiligen kommunistischen Parteien.

Andere aktuelle Beiträge zu diesem Thema verwenden die Staatsbezeichnungen, um auf einer theoretischen Ebene das Verhältnis von Marktwirtschaft und Sozialismus neu zu definieren wie etwa als „Marktsozialismus“. Der Begriff (und Buchtitel) ist im Zusammenhang einer in der linken Öffentlichkeit geführten Diskussion<sup>3</sup> über die VR China aufgetaucht, in der die Frage zu beantworten

1 Wemheuer, Marktsozialismus, S. 7. Genaue bibliographische Angaben: Siehe Ende dieses Artikels.

2 „Volksrepublik China“ und „sozialistische Republik Vietnam“

3 Am Ende dieses Artikels werden einige hier benutzte Quellen sowie weiterführende Literatur über diese Diskussion aufgezählt.

versucht wird, ob China schon endgültig zu einem Land geworden sei, in dem ein „Staatskapitalismus“ herrscht oder ob letztlich die KPCh die Entwicklung steuert.

Denn die kapitalistischen Elemente in der neuen Großmacht sind allzu offensichtlich: „die Korporatisierung<sup>4</sup> der Staatsunternehmen durch ihre Umwandlung in Aktiengesellschaften, in denen der Staat nur noch durch Aktienbesitz einen entsprechenden Einfluss ausüben kann, die Kommodifizierung<sup>5</sup> der Lohnarbeit, was zur Zerstörung der alten staatssozialistischen Arbeiterklasse führte, sowie die Entstehung eines großen Privatsektors“.<sup>6</sup>

Die moderne Marktwirtschaft entstand im historischen Zusammenhang mit dem neuzeitlichen Kapitalismus in Europa. Aus dieser geschichtlichen Symbiose resultierte die industrielle Revolution und der bisher einmalige Wachstumsprozess seit Mitte des 18. Jahrhunderts.

Weitere entsprechende Indizien sind: die fast völlige Privatisierung des Wohnungsmarktes, die Kommerzialisie-

4 *Korporatisierung* ist der Prozess der Umwandlung von Staatsvermögen, Regierungsbehörden oder kommunalen Organisationen in Unternehmen, also eine besondere Form der Privatisierung.

5 *Kommodifizierung* bezeichnet den Prozess der Kommerzialisierung bzw. des „Zur-Ware-Werdens“. Kommodifizierung kann auch die Privatisierung von vorher gemeinschaftlich genutzten Ressourcen sein.

6 Wemheuer, Mao, S. 16. Dieses und die folgenden Zitate ebda.

rung von Bildung und Gesundheitswesen. Demgegenüber betont Wemheuer, dass die Kommunistische Partei sich innerhalb dieser kapitalistischen Strukturen an entscheidenden Stellen einen gewissen Einfluss sichert, etwa durch Aktienanteile bei wichtigen Banken und einigen strategischen Schlüsselindustrien. Vor allem habe sich in China im Gegensatz zu Europa keine mächtige Klasse der Bourgeoisie entwickelt, „welche die Übernahme oder zumindest eine Beteiligung an der politischen Macht einfordert“. Und große sozial organisierte Gruppen wie etwa Verbände der Unternehmer und andere Vereine unterstützen den entsprechenden Einheitsfrontabteilungen des Zentralkomitees der Partei. Chinesische US-Dollarmilliardäre etwa seien fast immer auch Mitglieder der Partei und des Volkskongresses.<sup>7</sup>

Die gleichzeitige Entwicklung von Kapitalismus und Marktwirtschaft förderte die Tendenz, den soziokulturellen Gesamtzusammenhang den für die Marktwirtschaft charakteristischen Prinzipien zu unterwerfen. Geographisch und sozialökonomisch ausgreifende Dynamik wird der Marktwirtschaft gerade auch von ihren Kritikern – etwa Karl Marx – als herausragende historische Eigenart zugesprochen.

7 Was im Gegensatz zu westlichen Regulierungen etwa auch die Entlassung von Führungspersonal solcher Aktiengesellschaften durch die Partei möglich macht.

In Abgrenzung von einer Klasse von Privatkapitalisten in den westlichen Gesellschaften könne man im gegenwärtigen China von der Existenz einer „Staatsklasse“<sup>8</sup> sprechen, „die den Funktionsapparat von Staat und Partei umfasst“, also die neuen Eliten, die nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonie oder Befreiung von imperialistischer Herrschaft in vielen Ländern der Dritten Welt an die Macht gekommen sind. Gesellschaften wie die chinesische betreffend wird dafür auch der schon von Marx und Engels geprägte Begriff „ideeller Gesamtkapitalist“ verwendet.

Der Kapitalismus bezog nach und nach immer mehr Lebensbereiche in den tausch- bzw. marktwirtschaftlichen Mechanismus ein und prägte die gesellschaftlichen Denk- und Verhaltensmuster gemäß tauschwirtschaftlicher Rationalität (z.B. Kommerzialisierung des Freizeit- und Mußeverhaltens, Kulturgüter als Spekulationsobjekte, Verwertungsorientierung im Bildungs- und Wissenschaftssystem).

Und doch sei, so Wemheuer, „der nach wie vor gepflegte regierungsoffizielle sozialistische Jargon mehr als nur reines Theater“. In China zum Beispiel spiele darin das „Erbe der Revolution“

<sup>8</sup> Der Begriff stammt von Hartmut Elsenhans, dem „führenden Theoretiker des globalen Keynesianismus“ (Wikipedia) und zuletzt ehemaligen Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig.

aktuell immer noch eine Rolle. Es habe sich dort nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 ein „nationalistisches Entwicklungsregime“ entwickelt, das sich weiterhin auf die revolutionären Ideen von Marx und Lenin sowie Mao Zedong berufe. Dazu gehöre auch die offizielle Sprachregelung, dass man sich „im Sinne des historischen Materialismus noch in der Anfangsphase des Sozialismus befinden würde“.

„Auch 2021 noch scheint die Führung der Meinung zu sein, dass sie ihre Avantgarderolle und die Aufgaben im gegenwärtigen Entwicklungsstadium im Jargon eines an die chinesischen Verhältnisse angepassten Marxismus-Leninismus theoretisch begründen muss.“

Charakteristisch für eine Marktwirtschaft ist die Vielzahl dezentraler, relativ frei und unabhängig getroffener autonomer Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte, die Möglichkeit, das Selbstinteresse in individuellem wirtschaftlichen Handeln zur Geltung zu bringen, sowie die Orientierung an den durch Angebots- und Nachfrageentscheidungen gebildeten Marktpreisen.

Deshalb lasse sich das Verhältnis von Staat und Ökonomie in einem solchen Land nicht erklären, wenn man in „Schemata der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften denkt und argumentiert“, es lasse sich aber auch nicht „im Rahmen linker Theorien zum Staatssozialismus begreifen“. Auch sei die „Verbin-

„dung eines leninistisch strukturierten Einparteiensstaats mit dem Staatskapitalismus“ kein wirtschaftlich erfolgreiches neues „Modell des Kapitalismus im 21. Jahrhundert“.

Mit anderen Worten: Der Widerspruch zwischen Plan und Markt (im Sinne der modernen Marktwirtschaft) ist auch im reichen und mächtigen China noch wirksam und drückt sich vielleicht eben in jenem Widerspruch zwischen der Theorie und der politischen Praxis (hier: der KPCh) aus, der einem westlichen Bürger so einleuchtend erscheinen kann, weil er ihn aus der Erfahrung westlicher Politik erlebt, deshalb als natürlich empfindet und erst in aktueller Orientierungslosigkeit darüber nachdenkt.

Diese Situation beschrieb mit einfacheren Worten schon ein Zitat von Deng Xiaoping aus den Jahre 1992: „Ob wir nun etwas mehr Plan oder Markt haben, ist kein grundlegender Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Planwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Sozialismus. Im Kapitalismus gibt es auch Planung. Marktwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Kapitalismus, denn im Sozialismus gibt es auch Märkte. Plan und Markt sind beides wirtschaftliche Instrumente.“<sup>9</sup> Hier wird der erwähnte Widerspruch in einem positiven Entwicklungs-Narrativ verbunden, dem eine „unschuldige“ oder „freie“ Marktwirtschaft-Variante als Projektionsfläche dient, die es in dieser Idealform nie gegeben hat.

## Und Vietnam?

Wie wir anhand des im letzten Heft des VNK veröffentlichten Artikels des Generalsekretärs der vietnamesischen Kommunistischen Partei Nguyễn Phú Trọng, aber auch bei der Lektüre von Verlautbarungen von Partei und Regierung immer wieder feststellen können, gibt es da oft eine gewisse Kluft zwischen einer eher „programmatischen“<sup>10</sup> Sprache“ einerseits und den Handlungen (und manchmal nachdenklichen Überlegungen) der solcherart sprechenden Politiker andererseits, wenn es um den Definitionen des Sozialismus geht.

Als Koordinationsmechanismus ist die Marktwirtschaft mit unterschiedlichen politischen Systemen vereinbar. Marktwirtschaft schließt totalitäre politische Systeme wie z.B. den Nationalsozialismus nicht aus. Umgekehrt können demokratische Staaten sich planwirtschaftlicher Koordination bedienen, müssen dann allerdings Wirtschaftsfreiheit im Sinne des klassischen Wirtschaftsliberalismus erheblich beschränken.

Wenn man etwa die Äußerungen des Generalsekretärs aus dieser Perspektive betrachtet, würde die Vorstellung von einer sozialistischen Marktwirtschaft, auf eine einfache Formel gebracht, so lauten: Plan und Markt, die beiden Pole des Grundwiderspruchs, müssen gleichberechtigt und gleichzeitig

<sup>9</sup> Zitiert nach Wemheuer, Marktsozialismus, S. 7

<sup>10</sup> Manche würden sagen „propagandistischen“.

berücksichtigt werden: „Ein fundamentales Charakteristikum und ein wichtiges Merkmal der sozialistischen Orientierung der vietnamesischen Marktwirtschaft ist die Kombination von Wirtschaft und Gesellschaft, die Koordination von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.“<sup>11</sup> Das wirtschaftliche Wachstum müsse mit „gesellschaftlichem Fortschritt und Gleichheit“ einhergehen. Oder: Der wirtschaftliche Fortschritt dürfe nicht dazu führen, dass der gesellschaftliche Fortschritt hinterherhinkt oder vernachlässigt wird. Man könnte diese Vorstellung auch mit dem in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland programmatisch geprägten Begriff von der „sozialen Marktwirtschaft“ in Verbindung bringen. Was hierzulande stets eher eine Wahlkampfparole war, ist in Vietnam – so lese ich die Rede – der ernsthafte Versuch, programmatisch den Grundwiderspruch offensiv zu lösen.

Dieser Versuch ist wohl erst einmal nur ein Programm, das in dem Text des Generalsekretärs jedoch, für ausländische Leser ungewöhnlich, ausführlich erläutert wird. Und da hat der Widerspruch sogar in der Sprache dieses Textes in Form eines bemerkenswerten Stilbruchs seine Spuren hinterlassen. In meinem Kommentar<sup>12</sup> deutete ich diesen „Stilbruch“ so an: Im Gegensatz zu den „nachdenklich“ erläuternden Passagen des Aufsatzes tauchen an anderer Stelle Formulierungen auf, die solche Versuche der Differenzierung eigentlich hintertrei-

ben, wie etwa die Feststellung, die sozialistische Demokratie unterscheide sich dadurch von der bürgerlichen, dass sie „die Führerschaft der Partei“ einschließe. Damit zieht sich der Autor auf Sprachregelungen zurück, auf der sich ansonsten – soweit das von hier aus eingeschätzt werden kann – eher die öffentliche Rhetorik von Partei und Regierung bewegt. Der Widerspruch äußert sich so in der einen oder anderen Form und gibt Anlass zu Eingriffen und Maßnahmen.

### Markttheorien

Die Märkte in den Staaten der heutigen Welt lassen sich grob in zwei Grundtypen einteilen, die durch zwei Theorien charakterisiert werden: die des freien Markts und die des regulierten Markts.<sup>13</sup>

Die Marktwirtschaft bietet dem einzelnen Wirtschaftssubjekt Gewinnchancen, setzt es aber zugleich Verlustrisiken aus. Wirtschaftliches Handeln ist in der Marktwirtschaft daher für das Individuum mit Unsicherheit verbunden. Versuche, die Unsicherheit zu vermindern, vor allem aber sozialetisch inakzeptable Folgen aus dem Verlustrisiko (z.B. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität) zu unterbinden, haben in allen Marktwirtschaften soziale Sicherungssysteme unterschiedlichen Ausmaßes hervorgebracht

<sup>11</sup> Den Text haben wir im letzten VNK komplett veröffentlicht, das Zitat ist dort auf S. 29.

<sup>12</sup> ebenfalls in VNK 2/2021 ab S. 38

<sup>13</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich auf CIEM, Relationship.

Die Theorie des *freien Markts* geht auf den schottischen Moralphilosophen und Aufklärer Adam Smith (1723–1790) zurück, der als Begründer der klassischen Nationalökonomie gilt.<sup>14</sup> Diese Theorie geht von einer führenden Rolle des Marktes aus, in den der Staat sich nur minimal einmischen sollte. „Die normale ökonomische Entwicklung braucht keinen Staat.“ Der Markt übt seinen Einfluss gleichsam aus wie eine „unsichtbare Hand“, das heißt in Selbststeuerung der Wirtschaft über Angebot und Nachfrage auf dem Markt. Der Staat ist in dieser Theorie nur zuständig für Verteidigung, die institutionelle Umgebung und ein legales System für den Markt sowie eine technische Infrastruktur und Transportmöglichkeiten.

Die Koordination der arbeitsteilig aufeinander bezogenen Wirtschaftssubjekte erfolgt in der Marktwirtschaft über Märkte durch frei vereinbarte Verträge. Vertragsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit bilden notwendige Voraussetzungen der Marktwirtschaft; die Vertragsfreiheit muss jedoch von der Rechtsordnung beschränkt werden, um Missbrauch von Marktmacht, z.B. durch Preiskartelle, zu unterbinden.

Die Theorie des *regulierten Markts* sei eine Reaktion auf Defizite des freien Markts sowie der zunehmenden Organisation der Arbeiterklasse und ihres

<sup>14</sup> Hauptwerk: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* 1776

Kampfes und gehe zurück auf John Maynard Keynes (1884-1946)<sup>15</sup>, der erkannt hatte, dass die Marktmechanismen in Zeiten der Krise versagen, weil sie keine Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit erlauben. Also müsse der Staat eingreifen können, etwa durch finanzielle Stimulierungen eine positive Nachfrage fördern oder durch steuerliche Maßnahmen eine „kontrollierte Inflation“ herbeiführen. Auch Eingriffe in die Einkommensregeln, die Nutzung von „stillem Kapital“ gehören zu solchen in Krisenzeiten nötigen Eingriffen in die reinen Marktregeln.

Die tauschwirtschaftlich bestimmten Sozialbeziehungen stimulieren zu leistungsgerichtetem Verhalten (Leistungswettbewerb) im Sinne eines größtmöglichen Nutzens bzw. Gewinns aus der marktbezogenen Aktivität, und es ergeben sich Knappheitspreise, bei denen allerdings externe Effekte (z. B. Umweltzerstörung) nicht berücksichtigt werden.

Überlegungen zu einer *gemischten Wirtschaft* kamen erst im 20. Jahrhundert auf und wurden erstmals formuliert von dem Amerikaner P. A. Samuelson (1915-2009)<sup>16</sup>. Nach seiner Ansicht ist für ein problemloses Funktionieren der Wirtschaft neben der unsichtbaren auch noch

<sup>15</sup> Hauptwerk: *The General Theory of Employment, Interest and Money* London 1936

<sup>16</sup> Hauptwerk: *Economics: An Introductory Analysis* 1936.

die „greifbare Hand“ (der Staat) nötig.<sup>17</sup> „Eine Wirtschaft zu betreiben ohne den Staat oder ohne den Markt gleicht dem Versuch, mit einer Hand in die Hände zu klatschen“. Dabei handele es sich um ein Verhältnis, das sowohl ein Gleichgewicht der Einflüsse, als auch eine Arbeitsteilung zwischen beiden umfasse.

Zur Zeit – das heißt vor allem: nach der Wirtschaftskrise von 2008 – praktizieren die meisten Länder der Welt irgendeine Form der gemischten Wirtschaft. „Markt“ und „Staat“ sind nicht mehr zwei Alternativen, sondern eine „symbiotische Beziehung“ (114). Der Markt war niemals aus sich selbst heraus effizient oder stabil, oft kann eine Marktwirtschaft nur durch beherrschte Eingriffe seitens des Staates gerettet werden, wenn durch die Auswirkungen des reinen Regens der Markt unzulänglich gesteuert würde.<sup>18</sup>

Leistung bemisst sich vielfach am Markterfolg, und die unterschiedlichen Marktergebnisse der Wirtschaftssubjekte gelten als Ausfluss von Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft.

Der „Markt existiert also, anders formuliert, nicht in einem Vakuum“, sondern stets nur strukturiert durch Normen, Gesetze und Regeln, die gegebenenfalls seinen eigenen Regeln widersprechen können, und zwar gleichgültig davon, welche Form von „Mischung“

der Markt in einer Gesellschaft aufweist (115).

Diese von außen kommenden Einflüsse oder Einwirkungen lassen sich in zwei Gruppen einteilen: in „extraktive“ (ausbeuterische, diebische und exkludierende) und in „inklusive“ (tolerierende, teilende, den Zugang für die Bevölkerung erleichternde).<sup>19</sup>

Das resümierende Kapitel am Ende der hier vorgestellten Schrift<sup>20</sup> ist überschrieben mit „Lektionen für Vietnam“. „Auf der Basis von Erfahrungen, den wirtschaftlichen Verhältnissen in einigen Ländern, können für Vietnam die folgenden Schlüsse gezogen werden.“ Es sind diese:

*Erstens:* Das Verhältnis des Staates zum Markt ist eine andauernd zu bedenkende Aufgabe im Entwicklungsprozess einer Volkswirtschaft. Das Bemühen darum, diese Beziehung vernünftig zu regeln, ist eine treibende Kraft bei der Entwicklung und der Schlüssel für den Erfolg einer Nation. (...)

*Zweitens:* Es ist allgemein bekannt, dass der Staat eine wichtige und unentbehrliche Rolle in der Wirtschaft spielt. Indessen sollte er nur da intervenieren, wo der Wettbewerb ineffektiv ist oder wenn eine Notwendigkeit besteht, den Wettbewerb zu schützen und nachhaltig zu fördern.

*Drittens:* Die wichtigsten Säulen einer Politik, die eine gute Lösung für das Verhältnis des Staates zum Markt ge-

<sup>17</sup> Zitate aus CIEM, Relationship, S. 114 (im Folgenden nur noch durch Seitenzahl belegt)

<sup>18</sup> Vgl. Stieglitz, State

<sup>19</sup> Vgl. Acemoglu, Why nations

<sup>20</sup> CIEM, Relationship.

währleistet, sind

a) Der private Sektor und die Marktmechanismen müssen als die wichtigsten Antriebskräfte für die Entwicklung gesehen werden.

b) Regelungen durch Gesetze spielen eine grundlegende Rolle dabei, die soziale Ordnung zu erhalten, Unsicherheiten zu vermeiden. Damit wird gleichzeitig die Entwicklung des Marktes und des privaten Sektors gefördert.

c) Der makroökonomische politische Rahmen muss institutionalisiert werden, um ein gesundes und stabiles Umfeld herzustellen, speziell durch die Konzentration auf den Aufbau effektiver ökonomischer Institutionen wie etwa eine Infrastruktur und die Förderung der Verbreitung von Wissen anstatt finanzieller Zuschüsse für Unternehmen.

d) Ein umfassendes, klares und verpflichtendes System von Eigentumsrechten ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung des privaten Sektors.

e) Der Staat betreibt aktiv die Förderung des Wettbewerbs und die Entwicklung der Unternehmen.

f) Der Staat nimmt aktiv teil am Aufbau von entsprechenden Institutionen und Spielregeln, die mit dem Markt vereinbar sind.“ (119)

### Das Wohlergehen

Letztlich liegt also der Unterschied zwischen der Marktwirtschaft im Kapitalismus, im Sozialismus oder in einer Übergangsgesellschaft nicht darin, ob in den Markt eingegriffen wird, sondern *wie* eingegriffen wird, also welche Maßnahmen ergriffen werden (von den Unter-

nehmen und den von ihnen abhängigen Regierungen im Kapitalismus, vom Staat und einer Partei im Sozialismus), und mit welchem Ziel sie ergriffen werden.

Was Vietnam angeht, so hat der 13. Parteitag der KPV, der vom 15. Januar bis zum 1. Februar 2021 stattfand, sehr lebhaft über den Stand der Entwicklung der Marktwirtschaft in Vietnam diskutiert. Der Artikel darüber in der Zeitung des Zentralkomitees der KPV, *Communist Review* (Tập Chí Cộng Sản)<sup>21</sup> trug die Überschrift „Sicherung des sozialen Wohlergehens“<sup>22</sup> in der sozialistisch orientierten Marktwirtschaft“.

Der unbeschränkte Wettbewerb bleibt nur erhalten, wenn er durch eine entsprechende Wettbewerbspolitik gesichert wird, da die Konkurrenzwirtschaft zur Selbstzerstörung durch Unternehmenskonzentration, Monopolbildung und Kartellierung tendiert.

Diese Sicherung beruhe auf zwei Säulen: Soziale Wohlfahrt (gerechte Verteilung der Produktionsergebnisse, grundlegende wirtschaftliche und soziale Sicherheit (Sozial- und Krankenversicherungen und sinnvolle sowie kostenlose oder sehr günstige soziale Dienstleistungen für alle). Beide Elemente seien eng miteinander verknüpft.

In der klassischen Nationalökonomie der Marktwirtschaft spielt das soziale Wohlergehen keine direkte Rolle. Es darf aber deshalb nicht als eine einfache

<sup>21</sup> Doan Minh Huan, Ensuring

<sup>22</sup> Im englischen Original: „social welfare“

ökonomische Größe betrachtet werden, sondern ist vielmehr eine Investition in die menschliche Entwicklung, in die Entwicklung der sozialen Infrastruktur, weil die menschlichen Ressourcen sehr wichtig geworden sind für die Verbreitung des Wissens, vor allem ein Aspekt, der mit der Digitalisierung zusätzliche Brisanz entfaltet.

Die Industrialisierung und die Marktwirtschaft in manchen Ländern mit hohem Staatseinkommen und hohem privaten Einkommen können zur Folge haben, dass die Menschen sich trotzdem nicht glücklich fühlen. Auf der anderen Seite gibt es Entwicklungsländer (wie z.B. Bhutan<sup>23</sup>), in denen das Privateinkommen nicht hoch ist, in denen die Menschen sich aber weitaus glücklicher fühlen.

Zu der Frage der Annäherung an soziales Wohlergehen aus der Perspektive der Effizienz im Sinne der Entwicklung der sozialistisch orientierten Marktwirtschaft hat der Parteitag drei Beschlüsse gefasst. Zusammengefasst lauten sie:

„1) Der Markt spielt eine entscheidende Rolle bei der Festlegung der Preise für Waren und Dienstleistungen; er schafft Motivationen für eine effiziente Mobilisierung und Bereitstellung von Ressourcen.

2) Die Einführung von Preisen erfolgt gemäß der Mechanismen des Marktes für Waren und Dienstleistungen, einschließlich der Preise für öffentliche Dienste.

3) Die staatlichen Wirtschaftsmittel werden im Einklang mit den Strategien,

23 buddhistisches Königreich nördlich Myanmars

Projekten und Plänen der nationalen Entwicklung genutzt und prinzipiell nach den Marktmechanismen zugeteilt.“<sup>24</sup>

Das heißt: Nur wenn die erwirtschafteten Mittel insgesamt auf einer dynamischen und effizienten Marktwirtschaft beruhen, die ein kontinuierliches hohes Wachstum unterstützt, können im Haushalt auch genügend Mittel zur Verfügung stehen, die für das soziale Wohlergehen ausgegeben werden können – eine Überlegung, die wohl auch in kapitalistischen Wirtschaften angebracht ist.

Der Wirtschaftsliberalismus (A. Smith) ersetzte die Frage nach dem *gerechten* Preis durch die Theorie des freien Wettbewerbs und der Konkurrenzpreisbildung, die bereits zuvor rudimentär erörtert worden war. Man bestimmte den *richtigen* Marktpreis als jenen, der sich in einem störungsfreien, das heißt von monopolistischen und wettbewerbswidrigen staatlichen Regulierungen freien Marktprozess von selbst bildet.

„Die für das soziale Wohlergehen aufgebrauchten und ausgegebenen Mittel müssen nach den passenden Marktmechanismen angewendet werden, um Effizienz zu garantieren und zu vermeiden, dass sie als ‚Subventionen‘ aufgefasst werden und dass eine Mentalität der Abhängigkeit und ein Anspruchsdenken entstehen.

24 Parteitagsbeschlüsse werden hier nach der Sekundärquelle (Fußnote 20) zitiert.

Bewilligt und eingesetzt werden müssen diese öffentliche Mittel für die Absicherung des sozialen Wohlergehens nach Plänen und Projekten. Die Preise für Dienstleistungen müssen marktkonform sein, einschließlich der öffentlichen Dienstleistungen. Preise oder Gebühren in Verbindung mit autonomen öffentlichen nicht-kommerziellen Leistungen müssen korrekt kalkuliert und ganz nach den Marktmechanismen angepasst werden.“

Zur Frage der Beibehaltung der sozialistischen Orientierung im Erneuerungsprozess beschloss der Parteitag:

„Je weiter die Marktwirtschaft vorangetrieben wird, desto mehr entsteht die Verpflichtung, die sozialistische Orientierung beizubehalten. Dabei ist die Sicherung des sozialen Wohlergehens eine Methode, bei jedem Schritt der Erneuerung sozialistische Ziele im Auge zu behalten.“ Ich schließe aus dieser Formulierung, dass das „soziale Wohlergehen“ nicht das einzige, aber das zentrale Element sein soll, durch das sich eine „sozialistische“ Marktwirtschaft in Abgrenzung von Formen der „freien“ Marktwirtschaft charakterisieren lässt.

Die Einhaltung der sozialistischen Ziele, so der Beschluss weiter, sei nötig, „weil der Markt sonst oft zu negativen Äußerlichkeiten und asymmetrischer Informationsverteilung führt und die Kluft zwischen arm und reich sich weiter öffnet. (...) Denn die Marktkräfte streben immer danach, Profite zu maximieren und dabei öffentliche Konsequenzen (wie Umweltverschmutzung, Missachtung der Gesundheit und Sicherheit der Menschen, die Kluft zwischen arm und

reich etc.) zu übersehen, sie nutzen Informationen aus, um Profite zu erhöhen und die Interessen der Verbraucher zu ignorieren (etwa medizinische Dienste, wenn sie sich kommerziell und marktkonform verhalten, wenn Informationen der Ärzte nur medizinisches Vokabular benutzen und dabei der Patient keine Informationen über seinen Gesundheitszustand erhält). Die Marktkräfte organisieren die Verteilung nach der wirtschaftlichen Effizienz, was der Hauptgrund dafür ist, dass eine unglückliche Gruppe von Leuten ist nur einen mangelnden Zugang haben, in die Armut fallen und beim Entwicklungsprozess zurückbleiben.“

Im Mittelpunkt stand die Frage nach dem angemessenen Preis als das Einkommen bestimmende Größe und den politischen Voraussetzungen, die ihn gewährleisten. Diese normative Sichtweise kehrt in der Erörterung des „gerechten Preises“ (Thomas von Aquin) wieder und bleibt seitdem eine unlösbare sozialesethische Frage.

Um diese Nachteile des Marktes auszugleichen, müsse die Sorge um das Gemeinwohl und die Betonung der Verantwortlichkeit des Staates verstärkt werden. Denn „ein progressives und effektives soziales Wohlfahrts-System (kostenfreie Bildung in der Primär- und Sekundarstufe, eine Krankenversicherung für alle, gute Gesundheitsinstitutionen, vom Staat kontrollierte Kosten für medizini-

sche Untersuchungen und Behandlungen, bezahlbare Wohnungen ...) sichert nicht nur den gleichberechtigten Zugang zu den wichtigsten und nötigsten sozialen Diensten, sondern verhindert vielmehr, dass die Nutznießer früher oder später in Armut fallen.“

Die pragmatische Offenheit des Ordnungsentwurfs der sozialen Marktwirtschaft erlaubt es, krisentheoretische Kritik am Gleichgewichtsdogma der Marktwirtschaft aufzunehmen und wirtschaftspolitisch zu integrieren, etwa durch die Einführung von Begriffen wie Globalsteuerung und Stabilität („Stabilitätsgesetz“ von 1967). Wegen seiner ideologischen Anziehungskraft auf breite Wählerschichten besteht aber auch die Tendenz, die Bezeichnung *soziale Marktwirtschaft* für jedwede Wirtschaftspolitik zu benutzen.

Diese Art der Sicherung der sozialen Wohlfahrt sei grundlegend verschieden von der Wohlfahrts-Politik der vorherigen zentral geplanten Wirtschaft direkt nach dem Ende des Krieges bis in die 1980er Jahre. Diese sei ausschließlich durch den Staat organisiert gewesen, und zwar in Form von Subventionen unter Missachtung der Rolle des Markts. In den 35 Jahren seit *đổi mới*<sup>25</sup> habe Viet-

25 Die 1986 in Vietnam eingeführte „Öffnungs- und Erneuerungspolitik (*đổi mới*) wird inzwischen als der wichtigste Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte des Landes angesehen und oft mit der „Reform“-Politik eines Gorbatschow (Glasnost, Perestroika) in den 1990er Jahren oder

nam gelernt, dass man objektive ökonomische Gesetze beachten muss. Und, dass es schwer ist, ein effektives soziales Wohlfahrts-System aufzubauen, ohne zugleich ein dynamisches und produktives Wirtschaftswachstum zu fördern.

Die Wirtschaft, die traditionell als gesellschaftliches Teilsystem dem sozialen Gesamtsystem untergeordnet war, erhielt mit der kapitalistischen Expansion die dominierende Stellung. Damit gewannen die Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten der Marktwirtschaft die Bedeutung von Orientierungsmustern auch für außerwirtschaftliche Sozialbeziehungen. Etwa als Stimmenmaximierungsverhalten in Analogie zur wirtschaftlichen Gewinnmaximierung interpretiert.

Die radikalen Verfechter der Marktwirtschaft und die von ihnen vertretenen Denkrichtungen (Monetarismus) verwerfen jede staatliche Intervention als Krisen erzeugende und die marktwirtschaftliche Effizienz vernichtende Störung und fordern demgegenüber, die freie Spontaneität der Wirtschaftssubjekte im *Wettbewerb als Entdeckungsverfahren* (Hayek) sich unbehindert entfalten zu lassen.

„Was das soziale Wohlergehen angeht, spielt der Staat die entscheidende Rolle. Aber der 13. Parteitag hat auch betont, dass die Geschäftswelt und die Unternehmer eine wichtige Rolle spielen

Deng Xiaoping (Liberalisierungspolitik der 1980er Jahre) verglichen.

und eine soziale Verantwortung übernehmen müssen. Sie müssen dazu ihr „Management-Denken“ ablegen oder verändern. Sie müssen erkennen, dass die Verbesserung der Lebensumstände der Arbeiter eine Investition in die Entwicklung der menschlichen Ressourcen ist und dass sie deswegen einen Teil ihres Profits für diese gesellschaftliche Aufgabe verwenden müssen.“

Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Gesellschaft insgesamt spiele eine wichtige Rolle für das soziale Wohlergehen. „Das Zusammenführen, die Kombination von Aktivitäten bei der Lösung von Problemen zwischen Mitgliedern der Gesellschaft, die Wahrung von Interessen oder Kritik an Gesetzen oder Regierungshandeln sind Aktivitäten der Gesellschaft. Diese Aktivitäten können auch zur Folge haben, dass Familien oder Gruppen von Menschen, die aus der Armut durch den Staat herausgeführt worden sind, dann die vorher bezuschussten Leistungen wieder selber erbringen. Gewerkschaften, organisierte Gruppen oder Vereine überwachen und kritisieren das soziale Handeln des Staates.

Das vietnamesische *Gesundheitssystem* müsse die Krankheitsvorsorge, das Recht der Bevölkerung auf medizinische Untersuchungen und Behandlungen garantieren, ohne dass dadurch wenig verdienende Menschen zusätzlich verarmen. Die Preise für Gesundheitsdienste müssten vom Staat kontrolliert werden, das sei im Sinne einer effektiven und menschlichen Wohlfahrt, die nämlich dazu dienen soll, „die gesamte Bevölke-

rung zu sichern und zu versorgen“. Eine besondere Sorge gilt dabei den „mit der Lebensform (*lifestyle*) verbundenen Krankheiten, die mit Parametern wie Wohnstil, Sprachgestus, Kleidung und Aufenthaltsort verbunden sind und oft unterschiedlichen sozialen Gruppen zugeordnet werden können (Fettleibigkeit, Herzprobleme, Krebs, Diabetes, Bluthochdruck und Leberzirrhose).“

Die Vorstellung der neoklassischen Wirtschaftstheorie, dass eine deregulierte, freie Marktwirtschaft quasi naturgesetzlich einen Optimalzustand herbeiführt, in dem unter anderem die Ziele des „magischen Vierecks“ (Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Wachstum und hoher Beschäftigungsstand) durch Selbststeuerung der Marktwirtschaft erreicht werden, ist mit der empirischen Erfahrung schwer vereinbar und von Nationalökonomern anderer Denkrichtung (z.B. Keynes) stets bestritten worden.

In diesem Zusammenhang habe die COVID-19-Pandemie eine besondere Rolle gespielt. Sie habe bewirkt, dass in den Beschlüssen des 13. Parteitag „eine effektive Politik der Nahrungskontrolle, Nahrungssicherheit und medizinischen Überwachung“ beschlossen worden sei. „Medizinische Dienste dürfen nicht kommerzialisiert werden.“

Zum *kulturellen Wohlergehen* stellt der Parteitag fest: „Kulturelle Institutionen

dienen öffentlichen Zwecken und müssen leicht und zu geringen Kosten zugänglich sein. Das gilt auch für den Internetzugang, für Radio und Fernsehen, Zeitungen, Museen und Parks sowie Festivals, Sehenswürdigkeiten, Landschaften und religiöse Riten.“ Besonders solle auf „die Ungleichheiten zwischen Regionen und sozialen Schichten“ geachtet werden. In abgelegenen Gebieten sollen diese Dienste frei von Gebühren sein.

*Soziales, bezahlbares Wohnen* spiele eine große Rolle bei dem Prozess der Beschleunigung der Industrialisierung und Modernisierung des Landes. Bezahlbare Wohnungen sollen eine Größe von 27 bis 27,5 m<sup>2</sup> pro Person haben. „Dies ist eine wichtige Festlegung, denn seit dem Wegfall des Wohngeldes ist die Beschaffung von Wohnraum dem Markt überlassen worden, so dass das Einkommen von Arbeitern sowohl im staatlichen als auch im privaten Sektor nicht mehr ausreicht, benötigten Wohnraum zu kaufen oder zu mieten. Dies gilt vor allem für Arbeiter in den Industrieparks und in den Städten. Industriearbeiter müssen ihr Einkommen verwenden, um die Miete zu bezahlen, und haben nicht mehr genug Geld übrig, Waren zu kaufen und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, um ihren Lebensstandard zu halten oder zu verbessern.“ Auf dem 13. Parteitag spielte deshalb die Schaffung von sozialem Wohnraum eine wichtige Rolle. Der Staat soll Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen, und diese Aktivität muss unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, die Preise für das Wohnen zu senken. Sie darf nicht

unter die kommerziellen Regeln fallen. Deswegen ist die Rolle des Staates auf diesem Gebiet besonders wichtig.

### Wo liegt der Unterschied?

Am Schluss wird das Land von dem Parteitag aufgefordert, „die sozialistische Orientierung im Prozess der nationalen Erneuerung beizubehalten“, mit der Erläuterung: „Die Ausbreitung des sozialen Wohlergehens besteht darin, dass man sich um die menschliche Entwicklung sorgt, soziale Infrastrukturen ausbaut, und Ausgaben für das Wohlergehen als eine Investition in die Entwicklung betrachtet, kontinuierlich die Lebensqualität und das Glück der Bevölkerung fördert, bei jedem Entwicklungsschritt, bei jeder politischen Maßnahme den Fortschritt im sozialen Bereich und bei der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigt.“

Eine solche Politik nennt der Parteitag „sozialistisch orientiert“, aber bei genauerem Hinsehen sind meiner Meinung nach alle Elemente dieser Orientierung, wenn auch als Forderungen ohne Aussicht auf Erfüllung, auch in den kapitalistischen Ländern häufig und heftig diskutierte Themen. „Sozialistisch“ wäre demnach eine Orientierung, die Forderungen erfüllt, die eher allgemein menschlich als parteiprogrammatisch anmuten. Solche Forderungen sind also typisch nicht nur für eine sozialistische Politik, es gibt eine Sozialpolitik in beiden Gesellschaftsformen Kapitalismus und Sozialismus. Diese Sozialpolitik unterscheidet sich programmatisch anscheinend kaum in den Ländern beider Gesellschaftsformen.

Der 13. Parteitag formuliert das so: „Während Sozialpolitik im Kapitalismus dazu dient, Klassenkonflikte zu entschärfen, wird im Sozialismus unter dieser Politik versucht, dem Volk ein florierendes, freies, glückliches Leben zu ermöglichen und für eine darauf konzentrierte Entwicklung die Bedingungen zu schaffen.“ Demnach wären nicht die Themen und Maßnahmen einer Sozialpolitik, bezogen auf den gegenwärtigen Stand der Industrialisierung mit allen ihren gesellschaftlichen Folgen, verschieden. Sie wären zwischen den beiden Wirtschaftssystemen Kapitalismus und Sozialismus nur dadurch zu unterscheiden, welche Antwort (welche Reaktion, welche Eingriffe, welche Resultate) von der jeweiligen Sozialpolitik als Handlungsziel angestrebt wird, oder kurz: „wozu sie dient“. Aber das ist allerdings ein wesentlicher Unterschied.

### *Quellen und weiterführende Literatur:*

**Die Texte in den Kästen sind Zitate aus der Brockhaus Enzyklopädie, 20. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Mannheim 1998, Band 14, S. 142 ff.**

Acemoglu, Daron und James A. Robinson: *Why nations fail*, New York 2012, deutsch *Warum Nationen scheitern*, Frankfurt/Main, 2014  
 CIEM (Central Institute for Economic Management), Aus4Reform Program und Australian Aid (Hrsg.): *Relationship between the state and the market and the institutional reform in Vietnam*,

Hanoi 2019  
 Deppe, Frank: Sozialismus, Hamburg 2021  
 Doan Minh Huan: Ensuring social welfare in the socialist-oriented market economy of our country in the spirit of the 13th National Congress of Communist Party of Vietnam (CPV) im Januar 2021, veröffentlicht im Mai 2021:  
[www.tapchicongsan.org.vn/vn/web/english/economy/detail/-/asset\\_publisher/mqdlARxqSOBP/content/ensuring-social-welfare-in-the-socialist-oriented-market-economy-of-our-country-in-the-spirit-of-the-13th-national-congress-of-communist-party-of-viet-nam](http://www.tapchicongsan.org.vn/vn/web/english/economy/detail/-/asset_publisher/mqdlARxqSOBP/content/ensuring-social-welfare-in-the-socialist-oriented-market-economy-of-our-country-in-the-spirit-of-the-13th-national-congress-of-communist-party-of-viet-nam).  
 Fülberth, Georg: Sozialismus, Köln, vierte aktualisierte Auflage 2020  
 Lê Hữu Tầng und Liu Han Yue Hrsg.): *Economic Reform in Vietnam and in China, a comparative Study*, Hanoi 2006.  
 Stengl, Anton: Chinas neuer Imperialismus. Ein ehemals sozialistisches Land rettet das kapitalistische Weltsystem, Wien 2021  
 Stieglitz, Joseph: The State, the market and development, in: World Institute for development Economics research, United Nations University (UNU/WIDER), Helsinki, September 2015.  
 Wemheuer, Felix (Hrsg.): *Marktsozialismus. Eine kontroverse Debatte*, Wien 2021  
 Yang Ping und Jan Turowski (Hrsg.): *Sozialismusdebatte chinesischer Prägung*, Hamburg 2021

### *Die Debatte in der Zeitschrift konkret:*

Wemheuer, Felix: Mit autoritären Mitteln organisiert die chinesische Zentralregierung eine Art »ursprüngliche Akkumulation«. 8/18  
 Tschirpke, Marco: Anmut und Mühe. Rezension zu Stengl (s.o.). 7/21  
 Wemheuer, Felix: Na herzlichen Glückwunsch! Berichterstattung über die Feiern zu 100 Jahre Kommunistische Partei Chinas 8/21  
 Heinelt, Peter: Der große Sprung in die Schüssel. 10/21  
 Konicz, Tomasz: Einstürzende Neubauten. Über die Pleite des chinesischen Immobilienkonzerns Evergrade. 11/21  
 Kronauer, Jörg: Langer Weg, langer Marsch. Antwort auf Heinelt (s.o.) 11/21  
 Wemheuer, Felix: Mao, mau 11/21